

WK → DK 20.08.13

Solaranlage als Stolperstein für die Bundesstraße 212 neu

VON ANDREAS D. BECKER

Delmenhorst. Die Politik wollte es so – und die Verwaltung hat es nun auch so gemacht: In der morgigen Sitzung des Planungsausschusses soll erneut die „Bürgersolaranlage Deichhausen“ auf den Weg gebracht werden (der öffentliche Teil der Sitzung beginnt um 17 Uhr im Ratssaal). Auch wenn die Verwaltung davon ausgeht, dass der Beschluss von höherer Seite kassiert wird. Wie bereits im Mai 2011.

Vor fast drei Jahren hatte sich die Politik klar dafür ausgesprochen, auf einer Ackerfläche im Norden der Stadt einen Solarpark zu bauen. Der Antragsteller, Landwirt Martin Clausen, wollte die Planungskosten übernehmen. Sein Ziel war aber nicht nur die Gewinnung von sauberem Strom, Clau-

sen als einer der prominentesten Kämpfer gegen die Südvariante der B212neu, die durch Deichhausen in direkter Nachbarschaft zu seinem Hof führen soll, wollte auch einen weiteren Stolperstein für die weitere Planung der umstrittenen Bundesstraße setzen.

Doch am 19. Januar 2011 hatte die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr erhebliche Bedenken geäußert und darauf hingewiesen, dass die Pläne gegen die Ziele der Raumordnung verstoßen, weswegen das Vorhaben der Stadt rechtswidrig sei. Die wollte daraufhin das Planverfahren aufheben – die Politik widersprach. In diesem Jahr machten die Planungspolitiker nun mit Nachdruck deutlich, dass sie das Verfahren gern wieder aktiv vorantreiben wollen.

Deswegen legt die Verwaltung die Pläne erneut vor. Und wischt die Bedenken, die zu den Plänen nach der erneuten Auslage vorgebracht wurden, beiseite. Das niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, traditionell für die Raumordnung zuständig, die Oldenburgische Industrie- und Handelskammer und wieder die Straßenbaubehörde hatten am 20. beziehungsweise 21. März dieses Jahres protestiert. Alle verwiesen darauf, dass die überplanten Flächen für die B212neu benötigt würden. „Die Bedenken werden nicht berücksichtigt“, schreibt die Verwaltung.

Genauso geht sie über die Hinweise aus dem Ministerium wegen der Umwandlung einer landwirtschaftlichen Fläche weg. Denn die sollen eigentlich erhalten blei-

ben, Fotovoltaikanlagen sollten lieber auf bereits überbauten Flächen entstehen. Was keinen Vorrang genieße, findet die Stadt, denn es handele sich „um eine in ihrer räumlichen Ausdehnung kleine und kaum nutzbare landwirtschaftliche Restfläche“, heißt es. Deswegen kommt sie erneut zu dem Schluss: „Die Bedenken werden nicht berücksichtigt.“

Allerdings weist sie die Politiker auch darauf hin, dass der Beschluss wenig Aussicht auf Erfolg haben wird, denn die nötige Flächennutzungsplanänderung muss von der nächsthöheren Behörde genehmigt werden – in diesem Fall das Ministerium. „Eine Genehmigung des niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration ist nicht zu erwarten.“